



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

13. Jahrgang, Nummer 01 / 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

rund 5 Jahre nach dem Beginn der Fukushima-Katastrophe (11. März 2011) ruft der BBU zum weiteren Protest gegen Atomanlagen auf. Den nuklearen Machenschaften in Japan, in Belgien, hier bei uns und anderswo muss ein Ende bereitet werden. Und dabei muss die Bundesregierung Verantwortung übernehmen: Zahlreiche Atomkraftwerke im In- und Ausland werden von den Uranfabriken in Gronau und Lingen beliefert. Diesen gefährlichen Spuk kann und muss Umweltministerin Hendricks gemeinsam mit den Landesumweltministern in Hannover und Düsseldorf stoppen! Doch dafür ist weiterer Druck notwendig. Der BBU ruft auf: Beteiligt Euch an den Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung. Und wenn bei Euch in der Nähe keine Aktion stattfinden sollte, dann plant selber eine Mahnwache, einen Infostand oder einen Vortragsabend. Wir unterstützen Euch gerne dabei. AKW und sonstige Atomanlagen sind hochgefährlich und müssen gestoppt werden. Sofort! Die Gesundheit der Bevölkerung muss geschützt werden, nicht der Profit der Energiekonzerne!



Engagierte Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

11.03.2011 – 11.03.2016: Nie wieder Fukushima!

Der BBU bittet um Spenden für sein internationales Engagement gegen Uranabbau, Atomanlagen und Atomtransporte. Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33. Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden: <https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU ruft zur Teilnahme an Anti-Atom-Demonstrationen auf / Umweltverband kämpft in 2016 für die Energiewende, für Frieden und Naturschutz und gegen Fracking

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit Sitz in Bonn hat auf seiner ersten Vorstandssitzung in 2016 vielfältige Aktivitäten für das neue Jahr beschlossen. Beispielsweise wird der Verband zu den Jahrestagen der großen Atomkatastrophen aktiv: So unterstützt der BBU örtliche Aktionen und ruft zur Teilnahme an Gedenk- und Protestaktionen auf, die anlässlich des 5. Jahrestages der Fukushima-Katastrophe und des 30. Jahrestages der Tschernobylkatastrophe stattfinden werden. Die Atomkatastrophe in Fukushima ereignete sich am 11. März 2011, die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl geschah am 26. April 1986. Zu diesen Jahrestagen werden bundesweit Protestaktionen und Informationsveranstaltungen stattfinden. Größere Demonstrationen werden u. a. für den 6. März am Atomkraftwerk Neckarwestheim sowie zum 24. April am Atomkraftwerk Brokdorf vorbereitet. (Termininformationen des BBU unter <http://www.bbu-online.de>, Direktlink: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>).

Zentrale Forderung des BBU ist weiterhin die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, einschließlich der Schließung der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen. Der BBU kritisiert massiv, dass mit Hilfe der Uranfabriken in Gronau und in Lingen Atomkraftwerke in Belgien, Frankreich und anderswo betrieben werden.

Fracking ausnahmslos verbieten!

2016 wird sich der BBU auch weiterhin gegen jegliche Fracking-Pläne zur Wehr setzen. Von der Bundesregierung fordert der BBU ein ausnahmsloses Fracking-Verbot. Der BBU wird sich weiterhin auch international gegen Frackingpläne engagieren. Scharfe Kritik übt der Verband an dem Vorhaben, im dänischen Grenzgebiet zum deutschen Entenschnabel mit neuen Bohrungen Öl und Gas zu fördern. Im Rahmen des sogenannten GORM-Projekts soll dabei die umweltzerstörende Fördermethode Fracking angewendet werden. Während Fracking bereits an

Land unverantwortbar ist, wären die Folgen eines Offshore-Frackings noch weniger beherrschbar. Gegen das Vorhaben hat der BBU Einspruch erhoben. Zu befürchten sind Wasserkontaminationen. Das Aufbrechen des Untergrundgesteins und das Verpressen des Flowbacks kann zudem Erdbeben hervorrufen.

Ostermärsche unterstützen!

Angesichts der Kriege in der ganzen Welt und mit Blick auf die damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen ruft der BBU zur Teilnahme an den diesjährigen Ostermärschen auf. Wie in früheren Jahren beteiligt sich der BBU aktiv an der Organisation des **Ostermarschs an der Urananreicherungsanlage** im westfälischen Gronau. Dieser Ostermarsch findet Karfreitag statt (25. März) und befasst sich mit den Zusammenhängen von Atomanlagen und Atomwaffen. Gegen die andauernde Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland richtet sich der Ostermarsch am Atomwaffenstandort Büchel (Rheinland-Pfalz) am Ostermontag (28. März). Umfassende Informationen zu diesen und weiteren Ostermärschen gibt es unter www.friedenskooperative.de.

Naturschutzflächen erweitern!

Aus Sicht des BBU muss der Flächenverbrauch kurzfristig deutlich reduziert und mittelfristig gestoppt werden. Flächen zum Schutz der Natur und der Artenvielfalt müssen erweitert werden. Der BBU fordert daher die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete. Vorhandene Grünflächen ohne offizielle Schutzausweisung, wie z. B. die Grünzüge im Ruhrgebiet dürfen nicht angetastet und müssen umfangreicher als bisher geschützt werden. Der BBU unterstützt eine entsprechende Online-Kampagne zum Schutz der Grünzüge:

<https://weact.campact.de/petitions/die-grunzuege-im-ruhrgebiet-erhalten>. Weiterhin unterstützt der BBU das private Engagement zum Schutz von Moor- und Heidegebieten wie zum Beispiel im Bereich des Honigmoores bei Zeven (Niedersachsen).

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt wird der BBU gezielt Parteien fragen, ob sie die weitere Ausweisung von Naturschutzgebieten befürworten.

Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

BBU-Pressemitteilung vom 03.02.2016

2. Themenbereiche

Atomenergie

Flugzeugabstürze auf AKW Lingen 2 sowie auf andere AKW und Atomanlagen hätten katastrophale Folgen



Atomkraftwerk Lingen 2

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat erneut die sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Lingen 2 (AKW Emsland) und die Beendigung der militärischen Flugübungen beim nahe gelegenen

Übungsgelände Nordhorn-Range gefordert. „In der jüngsten Zeit haben die Flug- und Bombenabwurf-Übungen beim Testgelände Nordhorn-Range wieder zugenommen. Nordhorn-Range ist nur wenige Flugsekunden vom AKW Lingen 2 entfernt. Die Gefahren für die Bevölkerung sind nicht hinnehmbar“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Fragen zur Sicherheit des Reaktorgebäudes

Sorgen bereiten dem BBU aber nicht nur die militärischen Flugbewegungen im Nahbereich des AKW Lingen 2. Aus gut informierter Quelle (von einem Zeitzegen) wurde der Verband über Details zum Bau des AKW Lingen 2 (vor allem des Reaktorgebäudes) in den achtziger Jahren informiert. Die Informationen werfen sehr schwerwiegende Fragen hinsichtlich der Ausführung der Betonbewehrung und in der Konsequenz zur Sicherheit des Reaktorgebäudes auf. Die sehr ernst zu nehmende, mögliche, Schwächung der Stahlbetonstruktur muss man als weiteres Indiz des mangelhaften Schutzes im Falle eines Flugzeugabsturzes bewerten. Ein namhaftes Institut für Fragen der Ausführung zur Bewehrung von Stahlbeton hat die Zweifel hierzu bestätigt.

Hintergrundinformation: Alle drei sogenannten Konvoi -Reaktoren Neckarwestheim 2, Isar 2 und Lingen 2 sind nicht gegen den gezielten Absturz eines Militärflugzeuges mit hoher Geschwindigkeit ausgelegt. Die zuständigen Atomaufsichten in Hannover, Stuttgart, das Bundesumweltministerium und der niedersächsische Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen von Niedersachsen wurden von dem Zeitzegen über diese Problemlage schon im Jahre 2013 informiert. Die erhaltenen Antworten der Atomaufsichten und eine Akteneinsicht in Hannover haben aber mehr Zweifel als Antworten gegeben. Die Antwort des Bundesumweltministerium' war ohne Substanz und nichtssagend.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 13.01.2016. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/13.01.16.pdf>

Sechs Jahre nach Kontamination: Weitere Proteste in Gronau

Sechs Jahre nach dem bisher schwersten Störfall in der Urananreicherungsanlage Gronau haben Anti-Atomkraft-Initiativen weitere Proteste gegen die bundesweit einzigartige Atomfabrik angekündigt.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 21.01.2016. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/21.01.16.pdf>

Druck auf Umweltministerin Hendricks vor Atomgesprächen in Belgien:

Brennelementefabrik Lingen wird blockiert

„Brennelementexporte von Lingen nach Belgien und Frankreich stoppen“

Seit dem frühen Morgen blockieren AtomkraftgegnerInnen die Zufahrt zur Brennelementefabrik in Lingen (Emsland). Sie erhöhen damit den Druck auf Bundesumweltministerin Barbara Hendricks vor ihren heutigen Gesprächen mit dem belgischen Atomminister Jan Jambon zu den maroden belgischen Alt-Reaktoren Tihange und Doel. Die Areva-Tochter ANF liefert aus Lingen zeitlich unbefristet Brennelemente für die AKW in Doel sowie für die ebenfalls störanfälligen französischen Alt-Reaktoren in Fessenheim und Cattenom. Die AtomkraftgegnerInnen fordern von Hendricks, die Exportgenehmigungen für Brennelemente aus Lingen aufzuheben und die Atomanlage zusammen mit dem benachbarten AKW Emsland sofort stillzulegen. Bereits gestern demonstrierten 130 AtomkraftgegnerInnen in Lingen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen unterstützen die Forderungen: „Umweltministerin Hendricks darf es bei berechtigter Kritik an der belgischen Atompolitik nicht belassen, sondern muss daheim ihre Hausaufgaben erledigen. Sie handelt völlig unglaubwürdig, wenn sie die maroden AKW in Belgien und Frankreich weiterhin mit Brennelementen aus Lingen beliefern lässt. Wer den Atomausstieg will, muss auch die Brennelementexporte einstellen und heimische AKW sofort stilllegen. Hier muss auch Stefan Wenzel, der verantwortliche grüne Umweltminister von Niedersachsen, endlich aktiv werden,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Die Resolution zur Stilllegung der Atomanlagen in Lingen finden Sie im Netz unter:

<http://www.bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Lingen%20-%20Resolution.pdf>

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsorganisation Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 01.02.2016. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/01.02.16.pdf>

Uranfabrik Gronau: Anti-Atom-Hund untergräbt Sicherungszaun

Zeitgleich mit dem Karnevalsumzug in Gronau haben sich am Karnevalssonntag Mitglieder niederländischer und deutscher Anti-Atomkraft-Initiativen an der Urananreicherungs-



anlage in Gronau an einem Sonntagsspaziergang beteiligt. Dabei wurden auf dem Gelände der Anlage LKW-Auflieger mit Containern entdeckt, in denen sich vermutlich Uranhexafluorid befindet. Unterstützt wurden die Aktiven von einem „Anti-Atomkraft-Hund“, der buddelnd die mangelhafte Sicherung der Urananreicherungsanlage entlarvte. Es bereitete ihm keine Mühe den Anlagenzaun zu unterhöhlen. Der nächste Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage findet am 6. März statt. Er wird in Erinnerung an den Beginn der japanischen Reaktorkatastrophe von Fukushima vor 5 Jahren (11. März 2011) durchgeführt. Wenige Wochen später

findet dann Karfreitag (25. März) an der Gronauer Urananreicherungsanlage wieder ein Ostermarsch statt. Dabei wird im Rahmen der bundesweiten Ostermärsche der Friedensbewegung gegen Atomanlagen und gegen Atomwaffen demonstriert. 2015 fand an der Gronauer Uranfabrik einer der größten Ostermärsche der bundesweiten Friedens- und Umweltbewegung statt.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 08.02.2016. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/08.02.16.pdf>

Rote Karte für Atomfabrik in Lingen gefordert

Nachdem es im Emsland in der Brennelementefabrik in Lingen (Niederachsen) wieder einen Störfall gegeben hat, fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit Nachdruck die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigartigen Anlage. Betrieben wird die umstrittene Anlage von der Advanced Nuclear Fuels GmbH, die zum AREVA-Konzern in Frankreich gehört.

Das Niedersächsische Umweltministerium hat erst am Donnerstag (11.02.2016) der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass es bereits vor über einer Woche, am 3. Februar 2016, in der Anlage in Lingen zu einem Zwischenfall gekommen ist. Das Ministerium gab bekannt, dass es eine Undichtigkeit bei einer Prozessgasleitung gab und dass betroffene Prozesslinie daraufhin außer Betrieb genommen wurde. Der BBU kritisiert, dass das Vorkommnis nicht zeitnah der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Weiterhin kritisiert der BBU, dass das Ministerium in seiner Mitteilung nicht angibt, wie es zu der Undichtigkeit kam und ob zu Freisetzungen von radioaktiven Stoffen gekommen ist.

<http://www.umwelt.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/meldepflichtiges-ereignis-in-der-brennelementfertigungsanlage-lingen-140931.html>

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 12.02.2016. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/12.02.16.pdf>

Uran für belgische Pannenreaktoren auch in NRW angereichert Gronauer Urananreicherer Urenco beliefert Brennelementhersteller

„Exporte von Uran aus Gronau und Brennelementen aus Lingen stoppen“

Recherchen von Anti-Atomkraft-Initiativen haben ergeben, dass nicht nur in Lingen (Niedersachsen) produzierte Brennelemente in diversen belgischen Pannenreaktoren zum Einsatz kommen, sondern auch angereichertes Uran aus der Urananreicherungsanlage Gronau (NRW). Das in Gronau angereicherte Uran wird dazu zunächst in Lingen sowie in den USA, Großbritannien und Spanien für den Einsatz in Belgien weiterverarbeitet.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie die Anti-Atomkraft-Initiativen sind empört, dass die heftig umstrittenen maroden belgischen AKW auch aus Deutschland mit Uranbrennstoff beliefert werden. Sie fordern von Bundesumweltministerin Hendricks ein umgehendes Exportverbot für angereichertes Uran aus Gronau und für Brennelemente aus Lingen sowie die sofortige Stilllegung dieser Atomanlagen durch die zuständigen Landesregierungen in Düsseldorf und Hannover. Auch die belgischen Pannenreaktoren müssen sofort stillgelegt werden.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung (BBU, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, und AntiAtomBonn) vom 16.02.2016. Vollständiger Text incl. Hintergrundinformationen unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/16.02.16.pdf>

Aktionen rund um den 5. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe (11. März 2016, unvollständige Liste))

06.03., Neckarwestheim: Demonstration gegen das AKW, <http://www.endlich-abschalten.de/home>

06.03., Gronau: Sonntagsspaziergang an der UAA,

http://www.enschedevoorvrede.nl/activiteit/sonntagsspaziergang-urengo-gronau-14/?instance_id=273

11.03., Lingen: Mahnwache,

<https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/termine/funf-jahre-nach-fukushima-und-in-lingen-laufen-n-2/>

11.03., Mosbach: Mahnwache

<http://www.atomerbe-obrigheim.de/2016/02/demo-am-6-maerz-atomkraft-gefaehrdet-uns-alle>

11.03. und Folgetage: Aktionstage gegen Urantransporte (bundesweit),

<http://www.uranstransport.de/uran.html>

12.03., Kiel: Demonstration:

<http://bi-kiel.blogspot.de/2016/02/12-maerz-2016-demo-fukushima-mahnt-alle.html>

14.03., Dannenberg: Mahnwache, http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=9162

25.03., Gronau, Ostermarsch an der UAA,

<http://www.bbu-online.de/Aktionen%20vor%20Ort/OMA%20Gronau%202016.pdf>

Weitere Termine unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Fracking



Bürgerinitiative STOP Fracking spricht mit Wittener Bundestagsabgeordneten: Fracking soll nicht in dieser Legislaturperiode kommen!

Mitglieder der Bürgerinitiative STOP Fracking haben mit den für Witten zuständigen Bundestagsabgeordneten Dr. Ralf Brauksiepe (CDU) und Ralf Kapschack (SPD) gesprochen. Die Bürgerinitiative wollte bei beiden für ein umfassendes Fracking-Verbot werben. Die Bundesregierung hatte Rechtsänderungsgesetze zur Ermöglichung von Fracking auf den Weg gebracht. Ein Inkrafttreten der Gesetze sollte verhindert und ein umfassendes Frackingverbot erreicht werden.

„Die Gespräche verliefen in großer Offenheit und geprägt von gegenseitigem Respekt.

Ralf Kapschack kann Fracking im Moment nicht verantworten. Fracking sollte aus seiner Sicht auf absehbare Zeit verboten sein, wenn Chemikalien dabei zum Einsatz kommen“, erläutert Richard Stanek das erste Gespräch.

„Leider befürwortete Herr Kapschack Forschungsbohrungen. Es ist nicht einzusehen, warum die Gasförderung mit der umstrittenen Fracking-Technologie mit Steuermitteln erforscht werden soll, wenn aus Klimaschutzgründen das geförderte Gas nie verbrannt werden sollte“, resümiert Richard Stanek von der Bürgerinitiative STOP Fracking das erste Gespräch.

Eindeutiger äußerte sich Dr. Brauksiepe auf die Fragen der Bürgerinitiative STOP Fracking. „Aus Sicht von Herrn Dr. Brauksiepe ist das Thema Fracking in dieser Legislaturperiode vom Tisch. Der Gesetzentwurf wird aus seiner Sicht bis September 2017 nicht mehr behandelt werden. U. a. die im Gesetz geplante Kommission zur Entscheidung über umstrittene Bohrungen im Schiefergestein und im Kohleflöz flacher als 3000 Meter sei nicht akzeptabel. Dr. Brauksiepe will diese wichtigen Entscheidungen im Parlament beraten und abstimmen und nicht einer Kommission überlassen“, erläutert Melanie Kalle von der Bürgerinitiative STOP Fracking. „Zudem hat uns gefreut, dass Herr Dr. Brauksiepe Fracking, wenn überhaupt, nur als Zwischenlösung akzeptieren könnte,“ fasst Melanie Kalle die Gespräche zusammen.

Aus Sicht der Bürgerinitiative wird durch die Weiterentwicklung der regenerativen Energien das mit Fracking gewonnene Gas noch nicht einmal als Zwischenlösung benötigt.

Die Bürgerinitiative STOP Fracking – Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser ist mit den Ergebnissen der Gespräche sehr zufrieden. „Unser kontinuierlicher Kampf gegen Fracking trägt erste Früchte. Wir können bis zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2017 etwas aufatmen und neue Kräfte sammeln, um Fracking dann endgültig zu stoppen. In der Zwischenzeit werden wir selbstverständlich weiter Aktionen machen und Unterschriften sammeln“, schließt Melanie Kalle von der Bürgerinitiative STOP Fracking.

Pressemitteilung STOP Fracking – Bürgerinitiative Witten für sauberes Wasser vom 02.01.2016. Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

BBU: Fracking-Studie der BGR ungeeignete Grundlage für eine wissenschaftliche Diskussion

Als ungeeignete Grundlage für eine wissenschaftliche Diskussion über Fracking-Gefahren bewertet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) die am Montag (18.01.2016) von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) publizierte Studie „Schieferöl und Schiefergas in Deutschland – Potenziale und Umweltaspekte“. Ein ideologisch motiviertes Pro-Fracking-Vorwort des BGR-Präsidenten Hans-Joachim Kümpel lässt bereits Zweifel an der Zielsetzung und damit an den Ergebnissen der Studie hinsichtlich der Umweltauswirkungen aufkommen. Weitere Informationen zum Thema Fracking unter <http://www.bbu-online.de> (Arbeitsbereiche).

Aus einer BBU-Pressesmitteilung vom 20.01.2016, vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/20.01.16.pdf>

BBU: Falsches Spiel der NRW-Staatskanzlei beim angeblichen Fracking-Ausschluss im Landesentwicklungsplan

Auf deutliche Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) sind die Darstellung des Chefs der NRW-Staatskanzlei Josef Lersch-Mense zum Thema Fracking gestoßen. Dieser hatte am Montag (01.02.2015) angekündigt, dass Fracking in NRW über den Landesentwicklungsplan (LEP) ausgeschlossen werde. Der bisherige Entwurf des LEP sieht jedoch zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten der Fracking-Technik vor. Eine umgehende Nachfrage des BBU bei der Staatskanzlei ergab, dass sich an den Formulierungen des LEP-Entwurfs nichts geändert hat. Der BBU wirft der NRW-Landesregierung daher beim Thema Fracking ein falsches Spiel vor und fordert ein konsequentes Fracking-Verbot.

Aus einer BBU-Pressesmitteilung vom 01.02.2016. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/01.02.16.pdf>

GEGEN GASBOHREN fordert: Verhandlungen der Großen Koalition im Bund zur Einführung eines Pro-Fracking-Rechts müssen abgesagt werden!

Mit Empörung haben die im Zusammenschluss Gegen Gasbohren vertretenen Initiativen auf ihrem Bundestreffen am 20./21.2.2016 in Osnabrück auf die Fracking-Pläne der Fraktionen von SPD und CDU/CSU im Bundestag reagiert. Beide Fraktionen wollen erneut über die Verabschiedung eines Pro-Fracking-Rechts verhandeln. Die Verhandlungen sollen nach den drei Landtagswahlen am 13.3.2016 stattfinden. GEGEN GASBOHREN fordert SPD und CDU/CSU auf, die Gespräche abzusagen und einen Gesetzentwurf für ein ausnahmsloses Fracking-

Verbot vorzulegen. Dafür wird sich die Anti-Fracking-Bewegung in den nächsten Wochen verstärkt mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen einsetzen. Dazu gehören auch bundesweite Aktionstage vom 01. bis 10.04.2016.

Auf deutliche Kritik der Initiativen stieß das Verhalten zahlreicher Politiker von SPD und CDU/CSU. Diese hatten in den letzten Monaten den Eindruck erweckt, das Pro-Fracking-Recht wäre vom Tisch oder würde die Bevölkerung vor den Gefahren des Frackings schützen. Doch unabhängig vom Inhalt des Gesetzesvorhabens gilt: Fracking ist eine unbeherrschbare Risikotechnik, die das Grundwasser kontaminiert, die Gesundheit gefährdet, zu Erdbeben führt und eine ungeklärte Entsorgungsproblematik besitzt. Fracking konterkariert die Energiewende und den Klimaschutz. Diese Technik muss nicht geregelt, sondern ausnahmslos verboten werden. Gerade im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen und die in diesem Jahr stattfindenden Kommunalwahlen in Niedersachsen fordert GEGEN GASBOHREN: Keine Stimme den Politikern und Parteien, die für Fracking sind.

Auch die neue Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wurde von der Versammlung einer kritischen Analyse unterzogen. Gegenüber der BGR-Prognose von 2012 hat sich die geschätzte „in place“-Erdgasmenge von 13 Billionen m³ aus unkonventionellen Lagerstätten ab 1.000 m Tiefe um 50% auf 6,5 Billionen m³ reduziert. Die von der BGR zusätzlich ermittelten Gasvorkommen in Tiefen zwischen 500 und 1.000 Meter sind als Täuschungsmanöver anzusehen, da in diesen Tiefen die Gefahren für das Grundwasser so groß sind, dass sich eine Förderung von vorneherein verbietet. Die zu erwartende und mittels der Fracking-Technik potentiell förderbare Gasmenge ist zudem für einen relevanten Beitrag zur Versorgungssicherheit viel zu gering. Damit ist Fracking auch energiepolitisch sinnlos.

Kritisiert wurde auch der Umgang der Europäischen Kommission mit dem Thema Fracking. In einem technischen Referenzdokument, dem Hydrocarbon BREF, sollen die besten verfügbaren Fracking-Techniken ermittelt werden. Bereits bei der ersten Sitzung der in Brüssel angesiedelten Arbeitsgruppe, die das Dokument erarbeiten soll, wurden schwerwiegende Defizite offenbar. Wesentliche Umwelt- und Sicherheitsaspekte werden gar nicht erfasst. GEGEN GASBOHREN lehnt diese Vorgehensweise ab und fordert von der EU-Kommission einen Neustart des BREF-Prozesses. Dieser muss zudem für die Öffentlichkeit vollständig transparent sein; alle Unterlagen hierzu müssen veröffentlicht werden.

Presseerklärung des Zusammenschluss Gegen Gasbohren vom 21.2.2016

Landwirtschaftspolitik

Grüne Woche: Demonstration am 16. Januar in Berlin fordert den Stopp der industriellen Landwirtschaft

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich zu Beginn der Grünen Woche in Berlin erneut für eine artgerechte Tierhaltung und gegen Massentierhaltungsbetriebe ausgesprochen. Gleichzeitig fordert der BBU eine Neuorientierung der internationalen Landwirtschaftspolitik. Der Verband kritisiert schon seit Jahren, dass sich die Herstellung von Nahrungsmitteln von ihren natürlichen und ökologischen Grundlagen entfernt hat. Der BBU bezeichnet aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes, sowie aus Gründen des Gesundheitsschutzes, den ökologischen Landbau als extrem wichtig. Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 15.02.2016.

Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202016/15.01.16.pdf>



Verkehrspolitik

mobilogisch! Zeitschrift für Ökologie, Politik & Bewegung

Die Zeitschrift mobilogisch! wird von den beiden Vereinen "FUSS e.V." und UMKEHR e.V." herausgegeben. Beide sind im BBU organisiert. Im Februar ist die Ausgabe 1/2016 erschienen. Informationen zum Inhalt unter <http://www.mobilogisch.de/40-ml/archiv/208-februar-2016.html>.

Ausbau der A59: Pläne liegen vom 11. Februar bis 10. März im Bonner Stadthaus aus

Im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland will der Landesbetrieb Straßen.NRW die Autobahn 59 zwischen den Autobahndreiecken Sankt Augustin-West und Bonn-Nordost auf acht Fahrstreifen ausbauen. Einwendungen können erhoben werden. Informationen unter

http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/29890/index.html?lang=de.

3. Termine

Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 01 / 2016, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 06.03.2016. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.